

Starkes Europa – Starke Wirtschaft  
Starke Wirtschaft – Starkes Europa



Wirtschaftspolitisches Papier zur Europawahl 2024

Europa – Eine Erfolgsgeschichte vor großen Herausforderungen

Die Europäische Union (EU) ist eine Erfolgsgeschichte! Seit mehr als sieben Jahrzehnten leben wir in der EU in Frieden und Freiheit. Europa steht für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gemeinsame Werte und kulturelle Vielfalt. Gleichzeitig ist die EU ein beispielloses Wohlstandsprojekt. Gerade für Nordrhein-Westfalen ist Europa der Heimatmarkt. 65 Prozent unserer Exporte gehen in die Staaten der EU. Das bedeutet Wohlstand und Arbeitsplätze. Viele Errungenschaften der EU werden in unserem Alltag längst als Selbstverständlichkeiten wahrgenommen – etwa der freie Handel ohne Zölle, der freie Reiseverkehr über Grenzen hinweg sowie die gemeinsame Währung.

Die vergangenen Jahre haben uns aber auch eines klar vor Augen geführt: Dies alles ist nicht selbstverständlich. Das Friedens- und Wohlstandsprojekt Europa ist gefährdet – von innen wie von außen. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt uns, dass der Frieden auf unserem Kontinent akut bedroht ist. Der Brexit hat uns vor Augen geführt, dass die europäische Einigung keine Einbahnstraße ist. Nationalisten und Populisten rütteln in vielen Ländern am Fundament der europäischen Einigung. In der Welt nehmen Tendenzen hin zu Abschottung und Protektionismus zu. Und auch wirtschaftlich gerät Europa zunehmend unter Druck – im Vergleich zu Asien und den USA schwindet unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Die Transformation der Wirtschaft ist ebenfalls kein Selbstläufer – sie stellt uns vielmehr vor große Aufgaben. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen mit seiner stark industriell geprägten Wirtschaft.

Europawahl 2024 – So wichtig wie selten zuvor

Vor diesem Hintergrund wird klar: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 sind von immenser Bedeutung und so entscheidend für die Zukunft Europa wie selten zuvor.

Wir dürfen Populisten und Nationalisten, die die europäische Einigung grundsätzlich in Frage stellen, nicht das Feld überlassen. Wir brauchen auch in Zukunft ein starkes Europa! Für uns ist klar, dass es sich lohnt, für die europäische Idee einzustehen. Denn wir wollen weiterhin in Frieden und Freiheit leben. Und wir wissen auch: Nur mit einem starken Europa haben wir eine starke Wirtschaft. Einem Europa, das den Binnenmarkt vollendet und bei wichtigen Zukunftsthemen wie Energie oder Digitalisierung zusammenarbeitet. Daher setzen wir uns als nordrhein-westfälische Wirtschaft für ein starkes Europa ein.

Ebenso gilt auch: Nur mit einer starken Wirtschaft haben wir ein starkes Europa! Einer Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft. Einer Wirtschaft, deren Steuern und Abgaben soziale Sicherung genauso wie einen wehrhaften Staat ermöglichen. Aktuell verkauft sich Europa unter Wert. Denn bei aller Wertschätzung für Europa gehört auch zur Wahrheit: Brüssel steht zu oft für Bürokratie und Regelungswut. Wir brauchen vielmehr eine Politik in Brüssel, die Impulse für Innovationen setzt und mit den richtigen Rahmenbedingungen unternehmerisches Handeln in Industrie, Dienstleistung und Handwerk sowie in großen wie kleinen Betrieben stärkt. Eine Politik für eine moderne und pragmatische Umsetzung der europäischen Idee.

Was für ein starkes Europa mit einer starken Wirtschaft zu tun ist – Prioritäten für die europäische Legislaturperiode 2024-2029

## 1. Wettbewerbsfähigkeit Vorfahrt einräumen

*Was wir brauchen:* Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft muss zur Top-Priorität der politischen Agenda aller EU-Institutionen werden. Denn Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung dafür, dass Ziele in der Umwelt-, Klima- oder Sozialpolitik überhaupt erreicht werden können. Und dafür, dass unsere nordrhein-westfälischen Unternehmen weiterhin in Arbeitsplätze und Innovationen investieren können. Wettbewerbsfähigkeit darf daher nicht hinter anderen Themen zurückstehen, sie ist Grundlage für alles andere und muss daher klar Vorfahrt haben.

*Was zu tun ist:*

- **Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit:** Europa muss den Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ernst nehmen. Das heißt: Sich auf die wirklich großen Zukunftsfragen konzentrieren, klare Prioritäten setzen und auf die Bereiche beschränken, die auch tatsächlich allein auf europäischer Ebene sinnvoll gelöst werden können.
- **Belastungs- und Regulierungsstopp:** Für eine wirtschaftliche Erholung ist ein wirksamer Belastungsstopp umzusetzen, der Unternehmen Luft zum Atmen und mehr Freiräume für Investitionen und Innovationen gibt. Vertrauen in und Spielräume für Wirtschaft statt Misstrauen und Gängelung! Dies gilt für alle Politikbereiche, von der Umweltpolitik bis hin zu sozialpolitischen Vorhaben.
- **Wettbewerbsfähigkeits-Check:** Die Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU-Gesetzgebung muss integraler Bestandteil jeder Folgenabschätzung werden. Auf allen Ebenen der EU-Politik müssen die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit konkret abgeschätzt und kumulative Auswirkungen ähnlicher Gesetzgebung berücksichtigt werden.
- **Energiepreise und -sicherheit:** Die EU muss ihren Beitrag zu international wettbewerbsfähigen Strompreisen leisten und alles dafür tun, das Angebot auf dem Strommarkt zügig auszuweiten. Dazu gehört auch der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien, insbe-

sondere durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Erforderlich ist auch der rasche Ausbau von Back-up Kapazitäten.

- **Haushalts- und Finanzpolitik:** Nach den großen fiskalischen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie gilt es, zu den Regeln einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik zurückzufinden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt darf in seinen Grundprinzipien nicht in Frage gestellt werden. Gleichzeitig gilt es, Haushaltsrisiken vorzubeugen. Stabile Finanzen sind die Grundlage für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und digitale Wirtschaft.

## 2. Bürokratieabbau ernst nehmen, KMU stärken

*Was wir brauchen:* Bürokratieabbau und Mittelstandsfreundlichkeit müssen endlich ernst genommen werden. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit und Kraft für das Wesentliche und eine Entlastung für die Wirtschaft ohne großen finanziellen Aufwand. Anders ausgedrückt: Es wäre eine wachstumsförderliche Wirtschaftspolitik „ohne Geld“. Und Bewusstsein für die Belange von KMU stärkt den Mittelstand als unverzichtbares Kraftzentrum gerade auch unserer Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen.

*Was zu tun ist:*

- **Mittelstandsfreundlichkeit:** Die EU-Politik muss sich einen klaren mittelstandspolitischen Kompass geben: deutliche Verringerung bürokratischer Belastungen, verbindliche KMU-Tests im Rahmen der Folgenabschätzung und wirksame Kontrolle durch den Mittelstandsbeauftragten. Zudem müssen die EU-Mittelstandsdefinition verbreitert, Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert und Innovationsförderung anwenderfreundlicher werden.
- **„One-in, One-out“-Prinzip:** Das von der Kommission eingeführte „One-in, One-out“-Prinzip muss für alle EU-Politikbereiche verankert und ab sofort konsequent, wirkungsvoll und deutlicher spürbar umgesetzt werden. Ausnahmen vom Anwendungsbereich sind besonders eng zu fassen, und die Einhaltung des Prinzips muss konsequent überwacht werden.
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Um die Ziele des Green Deals einzuhalten, sind Planungs- und Genehmigungsverfahren massiv und entschlossen zu beschleunigen. Insbesondere im Umweltrecht braucht es mutige politische Entscheidungen, um Vorgaben und Regelungen auf ein sinnvolles Maß zu beschränken und spürbare Verfahrensbeschleunigungen zu erreichen.
- **Berichtspflichten:** Die sehr zahlreich im EU-Recht vorhandenen Berichtspflichten müssen einem ressortübergreifenden Praxischeck unterzogen und deutlich verringert werden. Insbesondere müssen dabei Doppelungen, Widersprüche und Überschneidungen durch viele unterschiedliche, teils sektorspezifische Anforderungen aufgehoben werden.
- **Koordinierung und Ergebnismonitoring:** Erforderlich ist eine bessere Koordinierung des europäischen Bürokratieabbaus mit den Initiativen der Mitgliedstaaten. Zudem ist durch

ein konsequentes Ergebnismonitoring sicherzustellen, dass die bürokratischen Entlastungen auch tatsächlich in der betrieblichen Realität ankommen.

### 3. Binnenmarkt vollenden

*Was wir brauchen:* Die Vollendung des EU-Binnenmarktes in allen Bereichen muss zu einem zentralen Projekt der EU werden. Nur so können wir den Binnenmarkt als Fundament von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand stärken und seine Potentiale voll nutzen. Gerade für die nordrhein-westfälische Wirtschaft mit ihren engen Verflechtungen zu EU-Partnern eröffnen sich dadurch viele Chancen. Dazu muss die EU-Gesetzgebung konsequent binnenmarktfreundlich ausgerichtet werden. Die EU-Kommission muss stärker gegen mangelhafte Umsetzung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten vorgehen.

*Was zu tun ist:*

- **Arbeitnehmermobilität:** Vorgenommen werden müssen Vereinfachungen im Rahmen der Arbeitnehmermobilität. Zur Erbringung von Dienstleistungen im EU-Ausland müssen zwingend die Informations-, Melde- und Dokumentationspflichten verschlankt und vereinheitlicht werden. Darüber hinaus braucht es praktikable Lösungen für temporäres grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten im EU-Ausland.
- **Energiebinnenmarkt:** Die EU muss den europäischen Energiebinnenmarkt weiter vorantreiben und die dafür notwendige Infrastruktur unterschiedlicher Energieträger (neben Strom und Gas auch Wasserstoff und CO<sub>2</sub>) eng miteinander verzahnen. Der weitere Auf- und Ausbau dieser europäischen Energieinfrastruktur ist überfällig. Dafür braucht es bei der Infrastrukturplanung deutlich mehr wirksame Koordination und eine echte Zusammenarbeit auch und gerade zwischen den Mitgliedstaaten.
- **Verkehr:** Europa muss ein modernes und leistungsfähiges Verkehrssystem implementieren, das die Regionen verkehrsträgerübergreifend enger miteinander verbindet. Für Nordrhein-Westfalen ist eine gute Verbindung mit den Benelux-Staaten von besonderer Bedeutung. Ziel muss die Vollendung des transeuropäischen Verkehrsnetzes sein. Dazu gehört auch eine bessere grenzüberschreitende Integration von Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie Schifffahrt und Pipelines zu einer nahtlosen Logistikkette.
- **Digitaler Binnenmarkt:** Geschaffen werden muss ein gemeinsamer Binnenmarkt für Daten mit einheitlichen Standards, der Unternehmen im digitalen Wandel unterstützt. Die EU darf neuen Technologien nicht vorschnell mit Regulierungen etwa zu Datenschutz oder KI-Anwendungen begegnen. Sie muss vielmehr die gesellschaftliche Technologieoffenheit stärken, die Rahmenbedingungen für die Datennutzung in Europa verbessern und gezielt die Entwicklung neuer innovativer Technologien fördern.
- **Banken- und Kapitalmarktunion:** Die EU sollte die grundlegende Vertiefung der Integration auf den Finanzmärkten entschlossen voranbringen und so endlich die Banken- und

Kapitalmarktunion verwirklichen. Nur mit einem bedeutenden Integrationssprung der europäischen Kapitalmarktunion Richtung harmonisierter Rahmenbedingungen können wir die Investitionen zur Transformation der Wirtschaft stemmen.

#### 4. Transformation erfolgreich gestalten

*Was wir brauchen:* Transformation gelingt nur mit einer starken Wirtschaft und Industrie. Und: Wer Ziele etwa im Klimaschutz setzt, muss auch die Voraussetzungen für ihr Erreichen schaffen. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen mit seinen energieintensiven Grundstoffindustrien und industriellen Wertschöpfungsketten. Für eine erfolgreiche Transformation braucht es die nötige Infrastruktur, eine Stärkung der Innovationsfähigkeit des Standorts und Geschwindigkeit in der Umsetzung. Die Transformation der Wirtschaft, einer auch künftig wettbewerbsfähigen Industrie, muss stärker in der EU-Wirtschaftspolitik verankert werden.

*Was zu tun ist:*

- **Green Deal:** Die EU muss den Green Deal industriepolitisch flankieren. Es gilt, Industrien bei der Transformation zu unterstützen, den Markthochlauf von Net-Zero-Technologien anzureizen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Insgesamt sollte der Green Deal auf seine Wirkungen auf den Wirtschaftsstandort überprüft werden. Dazu gehört auch, einzelne Elemente auf ihre Kohärenz hin zu prüfen und klare Prioritäten zu setzen.
- **Industrie:** Europa muss ein neues Grundverständnis für die Bedeutung von Wirtschaft und Industrie entwickeln. Erhalt und Stärkung der Industrie müssen daher zwingend mindestens gleichrangig neben anderen Zielen wie Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz stehen. Europa braucht eine politikfeldübergreifende Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Industrie.
- **Technologieoffenheit:** Damit Transformation gelingt, bedarf es der Entwicklung und Anwendung innovativer Technologien. Statt auf Verbote muss vielmehr auf Technologieoffenheit gesetzt werden – also das Ringen um die tatsächlich besten, nicht die politisch gewünschten Lösungen.
- **Forschung und Innovationen:** Europäische Forschungspolitik ist zugleich europäische Standort- und Transformationspolitik. Die EU sollte einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Schlüsseltechnologien legen und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Dafür müssen Förderprogramme auch deutlich unbürokratischer gestalten und ihre Umsetzung beschleunigt werden.
- **Investitionen:** Die EU muss ihre Investitionen stärker priorisieren und fokussieren. Ein klarer Schwerpunkt sollte bei der Finanzierung strategischer Zukunftsinvestitionen für die grüne und digitale Transformation liegen. Beihilferegulungen müssen regelmäßig überprüft und Beihilfverfahren beschleunigt werden. Der Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen muss vereinfacht werden.

## 5. Internationale Rolle Europas stärken

*Was wir brauchen:* Das internationale Umfeld wird herausfordernder und der globale Standortwettbewerb verschärft sich. Nur ein starkes und geeintes Europa wird in diesem Wettbewerb insbesondere auch mit den USA oder China mithalten können. Dafür muss sich die EU international stärker behaupten. Dazu gehört mehr Freihandel, strategische Allianzen zu Themen wie Energie und Rohstoffe sowie eine hohe Attraktivität für Fachkräfte aus Drittstaaten. Dies ist auch für Arbeitsplätze und Wohlstand hier in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik darf nicht weiter vernachlässigt werden – denn Sicherheit und Wohlstand gehören zusammen.

*Was zu tun ist:*

- **Freihandelsabkommen:** Ausstehende Freihandelsabkommen müssen endlich abgeschlossen, neue aufgenommen werden. Dies gilt insbesondere für Abkommen mit den Mercosur-Staaten und mit den USA. Handelsabkommen dürfen nicht überfrachtet werden. Unsere Werte für Soziales und Umwelt müssen sich dort wiederfinden, aber gleichzeitig darf das Thema Handel nicht mit sachfremden Themen überfordert und die vielfältigen Chancen des Handels nicht aufs Spiel gesetzt werden.
- **Multilaterale Handelssysteme:** Neue Initiativen für Handel und Investitionen müssen auf den Weg gebracht werden. Die EU sollte eine Führungsrolle zur Stärkung des multilateralen Handelssystems übernehmen. Dabei sollte ein Augenmerk darauf liegen, die Komplexität internationaler Handelsregeln zu vereinfachen und KMU-gerechter zu gestalten.
- **Resilienz und Diversifizierung:** Europa muss Energie- und Rohstoffallianzen mit afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Partnern schmieden. Auch in bestehenden Partnerschaften gilt es diesen Aspekt zu stärken. Zudem müssen Projekte zu Förderung, Weiterverarbeitung und Recycling strategischer Rohstoffe auf den Weg gebracht werden.
- **Fachkräftegewinnung:** Europa muss international attraktiver für Fachkräfte werden. Die Erwerbsmigration in die EU muss vereinfacht und beschleunigt werden. Dazu muss der EU-Rechtsrahmen gezielt weiterentwickelt werden. Auch gilt es die nationale Umsetzung der Blue Card-Richtlinie konsequent einzufordern. Gleichzeitig braucht es eine bessere Zusammenarbeit in der Migrationspolitik mit einem wirksamen Schutz der Außengrenzen.
- **Außen- und Sicherheitspolitik:** Eine starke Wirtschaft muss als Voraussetzung für ein wehrhaftes Europa verstanden werden. Global wird sich Europa zudem nur behaupten und seine Werte verteidigen, wenn es möglichst geschlossen auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auftritt. Zudem muss Europas Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu gehört auch sicherzustellen, dass in Europa die erforderliche Technik entwickelt werden kann und die entsprechenden Produktionskapazitäten zur Verfügung stehen.